


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 02.05.2024

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	18:32 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rötsch
Schriftführer:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 07.03.2024	0494/24
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Verdeckte Wohnungslosigkeit Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Staufenbiel hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	2719/23

- 5.2. Anfrage zum barrierefreien sozialen Wohnungsbau (Teil 1)
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit **0432/24**
- 5.3. Anfrage zum barrierefreien sozialen Wohnungsbau (Teil 2: Mietpreisbindung)
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit **0433/24**
6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. Förderung des Sozialkaufhaus "Bummi-Kaufhaus" der
AWO AJS gGmbH im Jahr 2024 **0439/24**
BE: Leiter des Amtes für Soziales
7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
- 7.1. Integrierte Sozialraumplanung Erfurt – Gemeinsam die
Stadt sozial weiterentwickeln! **2811/23**
BE: Leiter des Amtes für Soziales
- 7.2. Männerschutzwohnung in der Landeshauptstadt Erfurt **0574/24**
BE: Vertreter der Fraktionen SPD und Freie Wähler/FDP/Piraten
hinzugezogen: amtierende Gleichstellungsbeauftragte
- 7.3. Arbeitskreis Segregation **0661/24**
BE: Vertreter der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
- 7.4. Einführung eines Seniorenpasses **0725/24**
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

8. Festlegungen des Ausschusses
- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom **0145/24**
16.01.2024 zum TOP 4.1 Drucksache 2812/23 - Förderung
von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 2024/
hier: Informationen zum Fördermittelbescheid
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung, Jugend und Gesundheit
- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom **0489/24**
07.03.2024 zur Drucksache 2862/23 "Modellprojekt Käl-
tebus für Erfurt" - Erfahrungsaustausch
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung, Jugend und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreter des Projektes BERTHA;
Vertreter des Malteser Hilfsdienst e. V.
9. Informationen
- 9.1. Vorstellung des neugegründeten Gemeindepyschiatrischen Verbundes Erfurt **2885/23**
- 9.2. Mündliche Informationen
- 9.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Röttsch (Fraktion Mehrwertstadt Erfurt), eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte alle Anwesenden. Zu Beginn der Sitzung waren sieben Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen drei Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Wie die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, mitteilte, wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 8.2 – Drucksache 0489/24 – Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 07.03.2024 zur Drucksache 2862/23 „Modellprojekt Kältebus für Erfurt“ – Erfahrungsaustausch – nach dem Tagesordnungspunkt 4 – Dringliche Angelegenheiten – zu behandeln, da Vertreter des Projektes BERTHA und des Malteser Hilfsdienstes e.V. eingeladen wurden.

Weiterhin gab sie dem Gremium bekannt, dass sie ihre Anfragen nach § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung unter den Tagesordnungspunkten 5.2 und 5.3 zurückziehe.

Drittens beantragte Frau Röttsch den Tagesordnungspunkt 7.4, nach der Behandlung der Drucksache 0489/24 aufgrund der Anwesenheit des Vorsitzenden des Seniorenbeirates ebenfalls vorzuziehen.

Dagegen formulierte sich kein Widerspruch. Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung blieben aus, sodass die stellvertretende Vorsitzende darüber abstimmen ließ. Die geänderte Tagesordnung wurde mit **Ja 7 Nein 0 Enthaltungen 0** angenommen.

bestätigt mit Änderungen

3. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 07.03.2024

0494/24

Es wurden weder schriftliche noch mündliche Einwände vorgebracht.

genehmigt Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

Anschließend wurde wie unter TOP 2 vereinbart der TOP 8.2 aufgerufen.

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. **Verdeckte Wohnungslosigkeit** **2719/23**
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Staufenbiel
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Die Nachfragen von Herrn Staufenbiel (Fraktion CDU) bezüglich der gemeldeten Personen im Status „ohne festen Wohnsitz“ (OfW), der Angemessenheit des Mietangebots und der Anzahl an Kostensenkungsverfahren wurden von der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke bzw. dem Leiter des Sozialamtes beantwortet. Es wurde angemerkt, dass hierzu in der Vergangenheit keine statistischen Erhebungen durchgeführt wurden. Weiterhin informierte der Referent des Dezernates 05 über den aktuellen Sachstand im Rahmen der Fortschreibung des Aktionsplanes Wohnungslosigkeit und problematisierte die verwaltungsseitigen Bemühungen zur Annäherung an den Themenkomplex „verdeckte Wohnungslosigkeit“ im Allgemeinen.

Weitere Nachfragen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. **Anfrage zum barrierefreien sozialen Wohnungsbau (Teil 1)** **0432/24**
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

siehe Tagesordnungspunkt 2

zurückgezogen

- 5.3. Anfrage zum barrierefreien sozialen Wohnungsbau (Teil 2: Mietpreisbindung) 0433/24
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

siehe Tagesordnungspunkt 2

zurückgezogen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. Förderung des Sozialkaufhaus "Bummi-Kaufhaus" der 0439/24
AWO AJS gGmbH im Jahr 2024
BE: Leiter des Amtes für Soziales

Da kein Aussprachebedarf bestand, ließ die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung beschließt die Förderung des Sozialkaufhauses "Bummi-Kaufhaus" in Trägerschaft der AWO AJS gGmbH im Jahr 2024 i. H. v. 10.000,00 EUR.

02

Die finanzielle Unterstützung des Vorhabens steht unter Haushaltsvorbehalt.

7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

7.1. Integrierte Sozialraumplanung Erfurt – Gemeinsam die Stadt sozial weiterentwickeln! 2811/23 BE: Leiter des Amtes für Soziales

Hinsichtlich der Nachfragen von Frau Dr. Glaß (Fraktion DIE LINKE.) bezüglich der Daseinsvorsorge nahm der Leiter des Amtes für Soziales Stellung. Im Rahmen der integrierten Sozialraumplanung werden soziale Aspekte mit der Stadtentwicklungsplanung verknüpft.

Herr Büssow (sachkundiger Bürger der Fraktion SPD) erkundigte sich, ob die Erstellung des Planungsdokumentes wissenschaftlich begleitet wurde. Dies wurde durch die zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Soziales bejaht.

Da keine weiteren Diskussionsbeiträge vorlagen, schloss die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, die Beratung und brachte die Drucksache zur Abstimmung.

bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Im Anschluss begründete Herr Staufenbiel (Fraktion CDU) sein Abstimmungsverhalten, dahingehend, dass er sich aufgrund der ausstehenden Meinungsbildung seiner Fraktion der Stimme enthalten habe.

7.2. Männerschutzwohnung in der Landeshauptstadt Erfurt 0574/24 BE: Vertreter der Fraktionen SPD und Freie Wähler/FDP/Piraten hinzugezogen: amtierende Gleichstellungsbeauftragte

Mit Verweis auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung bat Frau Hantke (Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN) um Zustimmung zur Drucksache. Sie bedauerte, dass derzeit männlichen Betroffenen Plätze in Obdachlosenunterkünften zugewiesen werden.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, informierte über den Diskussionsstand zur Thematik im Gesetzgebungsverfahren des Thüringer Landtags. Sie legte dar, dass im beschlossenen Haushalt weder die finanziellen noch die personellen Voraussetzungen vorliegen, um die Hilfe für Betroffene mit adäquaten Beratungsangeboten zu untersetzen. Jedoch werden im Rahmen der Gefahrenabwehr für alle Personen, die Gewalthandlungen ausgesetzt sind, entsprechende Schutzräume vorgehalten.

Da zur Sitzung keine Stellungnahme der Stadtverwaltung vorlag, erkundigte sich Frau Hantke (Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN) nach der Haltung der Stadtverwaltung. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, erklärte, dass die verwaltungsinterne Abstimmung noch andauere. Sie gab die Vielfalt an vorhandenen zielgruppenspezifische Angebote und den damit verbundenen Verwaltungsaufwand zu bedenken.

Hinsichtlich der Ausgestaltung des Seniorenpasses regte Herr Staufenbiel (Fraktion CDU) die Beteiligung des Seniorenbeirates an. Im Ergebnis der Diskussion, vor allem im Hinblick auf den Aufbau, die Zielstellung und die Ausgabe, wurde die Ergänzung eines Beschlusspunktes 06 vorgeschlagen: *„Die Stadtverwaltung soll bei der Erarbeitung des Seniorenpasses den Seniorenbeirat einzubeziehen.“*

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Aufgrund des Nichtvorliegens einer Stellungnahme der Stadtverwaltung stellte die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Rötsch, den Vorschlag zur Abstimmung, ob der Ausschuss kein Votum zur Drucksache abgeben will. Die Ausschussmitglieder votierten mit **Ja 5 Nein 2 Enthaltungen 2** dafür, zur Drucksache kein Votum abzugeben.

kein Votum

Nach diesem Tagesordnungspunkt wurde der TOP 5.1 aufgerufen.

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 16.01.2024 zum TOP 4.1 Drucksache 2812/23 - Förderung von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 2024/ hier: Informationen zum Fördermittelbescheid
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit** **0145/24**

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, erinnerte die Anwesenden an die ausstehende Genehmigung des Doppelhaushaltes 2024/2025 der Landeshauptstadt. Sobald diese vorliegt, werden die Fördermittelbescheide an die Träger verschickt.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 07.03.2024 zur Drucksache 2862/23 "Modellprojekt Kältebus für Erfurt" - Erfahrungsaustausch
0489/24
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreter des Projektes BERTHA;
Vertreter des Malteser Hilfsdienst e. V.

Gemäß den Änderungen zur Tagesordnung (TOP 2) wurde die Drucksache nach dem Tagesordnungspunkt 4 – Dringliche Angelegenheiten – aufgerufen.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, beantragte für die hinzugezogenen Gäste der Projekte BERTHA, Kältebus und Essen für Bedürftige, das Rederecht. Dieses wurde einvernehmlich erteilt.

Zunächst wurde das Wort an die Vertreterin des Malteser Hilfsdienstes e.V. übergeben. Sie wies darauf hin, dass sie Bezeichnung „Kältebus“ durch den Begriff „Wärmebus“ ersetzt wurde. Am Standort des Bahnhofsvorplatzes werde in den Wintermonaten Menschen ohne festen Wohnsitz eine warme Mahlzeit, Heißgetränke sowie wärmende Kleidung ausgereicht. Während des Aufenthalts werden Gespräche geführt sowie weiterführende Hilfsangebote vermittelt. Daran beteiligen sich viele Ehrenamtliche, darunter auch einige Jugendliche. Sowohl die Resonanz der Zielgruppe als auch der Hilfeleistenden sei durchgehend positiv, wodurch sich das Angebot verstetigt habe.

Die Vertreterin des Projektes BERTHA informierte über die Implementierung des Konzeptes durch die Streetworker des Jugendamtes und der freien Träger. Das Angebot wurde 2022 ins Leben gerufen und findet von November bis April einmal wöchentlich statt. Für die Zielgruppe soll eine Grundversorgung mit lebenspraktischen Hilfen sichergestellt werden. Außerdem können die Fachkräfte zu den Hilfesuchenden eine vertrauensvolle Beziehung aufbauen und dadurch niedrigschwellige Beratungsangebote unterbreiten. In diesem Zusammenhang lobte die Vertreterin die Spendenbereitschaft der Erfurter Bürgerschaft.

Ergänzend ging die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke näher auf die Netzwerkarbeit der verschiedenen Akteure sowie die Koordinierung durch das Sozialamt ein. Dabei verwies sie auf die Aktualisierung des Flyers mit Hilfsangeboten für Menschen in Notlagen. Sie richtete ihren ausdrücklichen Dank an die Vertreter der Organisationen.

Auf Nachfrage von Herrn Staufenbiel (Fraktion CDU) erläuterte die Vertreterin des Projektes BERTHA die Anzahl und Aufteilung der Streetworker. Frau Hofmann-Domke fügte an, dass mit der Bestätigung des beschlossenen Doppelhaushaltes 2024/2025 zwei weitere Streetworker-Stellen auf den Weg gebracht werden können.

Weitere Nachfragen lagen nicht vor, sodass sich die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, für das Kommen der Gäste bedankte.

zur Kenntnis genommen

Nach dem Tagesordnungspunkt wurde wie unter TOP 2 vereinbart der TOP 7.4 aufgerufen.

9. Informationen

9.1. Vorstellung des neugegründeten Gemeindepsychiatrischen Verbundes Erfurt 2885/23

Die Leiterin des Gesundheitsamtes ergriff zunächst das Wort und schilderte das Gründungsverfahren, die Struktur und die Aufgaben des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV). Durch die Vertreterin des sogenannten Sprechendenrates des GPV wurde über den geschlossenen Kooperationsvertrag und die beteiligten Verbundpartner informiert. Im Rahmen der Sitzungen der Steuerungsgruppe und der GPV-Konferenz wurden die Problem-lagen psychisch kranker Menschen sowie die Defizite in der Erfurter Versorgungslandschaft analysiert. Hierbei wurden erste Stellungnahmen, beispielsweise des sozialpsychiatrischen Dienstes und ambulanter Einrichtungen, eingeholt, um bei der Kassenärztlichen Vereinigung auf wesentliche Anliegen des GPV hinzuweisen.

Im Folgenden erging durch die Ausschussmitglieder eine Protokollnotiz:

Bei der Vorstellung der Tätigkeitsberichte der Koordination für Psychiatrie und Sucht wird im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung einmal jährlich über den Arbeitsstand des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Bericht erstattet.

zur Kenntnis genommen

9.2. Mündliche Informationen


Es lagen keine mündlichen Informationen vor.

9.3. Sonstige Informationen

Da Frau Rothe-Beinlich nicht wieder für den Stadtrat kandidiere, bedankte sich die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, im Namen der Mitglieder bei der Ausschussvorsitzenden für die langjährige Zusammenarbeit im Gremium zum Wohle der Menschen in der Landeshauptstadt.

Da kein weiterer Informationsbedarf bestand, beendete die stellvertretende Vorsitzende, Frau Rötsch, die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Rötsch
stellvertretende Vorsitzende

gez. 
Schriftführer